

Junge Union

jung. stark. engagiert.



Hohensteiner Erklärung

Einleitung

Oft wird in der politischen Diskussion davon gesprochen, dass Politik für nachfolgende Generationen gemacht werden muss. Dies ist zum einen richtig - schließlich wirken politische Entscheidungen vor allem auf die junge Generation besonders langfristig - allerdings wird zumeist übersehen, worauf es der jungen Generation ankommt.

Die Junge Union, als größte politische Jugendorganisation Europas, bringt sich in die Gestaltung von Politik auf kommunaler Ebene ebenso wie auf landes- und bundespolitischer Ebene ein. Für uns gilt: jung, stark, engagiert!

Wir wollen die Entscheidungen nicht anderen überlassen, sondern mit unseren Ideen und Vorstellungen die Politik von heute und morgen aktiv mitgestalten.

Wir diskutieren politische Fragen intensiv und erarbeiten unsere eigenen Lösungsansätze. Die Fülle an Positionspapieren und Anträgen der Jungen Union auf allen politischen Ebenen belegen dies eindrucksvoll. Mit der Hohensteiner Erklärung wollen wir einige zentrale Aussagen zusammenfassen:

Kommunalpolitik

Da, wo Politik ganz konkret wird, ist die Junge Union mittendrin. In den Gemeinderäten und im Kreistag übernehmen wir bereits Verantwortung. Wir haben dabei vor allem die Interessen unserer Generation im Blick, wissen aber auch, dass Politik für alle Menschen da ist!

In den kommunalen Parlamenten treten wir für einen **verantwortungsvollen Ressourcenumgang** ein. Für uns gilt, Geld was nicht vorhanden ist, kann man auch nicht ausgeben. Daher fordern wir nachdrücklich, kommunale Haushalte müssen **ohne neue Schulden** ihre Aufgaben erfüllen. Nur dort, wo sinnvolle Investitionen getätigt werden, dürfen Ausgaben zum Teil über Kredite mitfinanziert werden. Konsumtive Ausgaben müssen mit Hilfe laufender Einnahmen bestritten werden.

Die Kommunen müssen am Konnexitäts-Prinzip weiterhin festhalten. **Wer bestellt, der bezahlt!** Besonders bei Auf- und Ausgaben im Sozialbereich, die von anderen Ebenen delegiert werden, dürfen die kommunalen Haushalte nicht zusätzlich belastet werden.

Wir leben in einem Sozialstaat. Damit verbinden wir den Anspruch, dass die Stärkeren den Schwächeren helfen. Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, auch Anreize für die Schwachen zu schaffen sich selbst zu helfen. Zudem dürfen wir die Starken nicht über Gebühr belasten.

Nachhaltige Entwicklung: Energieeinsparung, mehr Energieeffizienz und ein schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen sind nach unserer Auffassung wichtige Themenfelder kommunalen Handelns.

Wir möchten daran mitarbeiten, Unternehmen in unserer Region zu halten und neue Ansiedlungen zu ermöglichen. Dadurch können wir die kommunalen Finanzen stärken und für arbeitslose Menschen **neue Perspektiven schaffen**. Vor allem jungen Menschen eine Perspektive zu geben ist ein wichtiger Punkt für uns. Sei es bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder bei der **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit**. Wir wissen, dass junge Menschen in unserer Region viel bessere Startbedingungen haben als in weiten Teilen Deutschlands. Wir wissen aber auch, dass dies nur durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften möglich ist.

Durch die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg wurde den Landräten mehr Kompetenzen zugeschrieben. Daher ist es nur folgerichtig, dass wir die Legitimation des Landrats auf ein neues Fundament stellen müssen. Die Junge Union fordert eine **Direktwahl der Landräte** in Baden-Württemberg.

Das immer mehr Bürgermeister in den Kreistag gewählt werden, sieht die Junge Union kritisch. Einen Kreistag, der sich zu einem Großteil aus Bürgermeistern zusammensetzt halten wir für nicht sinnvoll. Wir halten nichts davon, einzelne Gruppen gesetzlich die Wahl in den Kreistag zu untersagen, glauben aber, dass die Bürgermeister im Landkreis viele Möglichkeiten des positiven Einfluss auf die Kreispolitik haben und deshalb nicht noch zusätzlich in den Kreistag gewählt werden müssen.

Wir wollen dort Verantwortung übernehmen, wo Politik ganz konkret wird. Wir wollen den Kreis Reutlingen mit unserem Engagement und unseren Ideen voranbringen.

Landespolitik

Baden-Württemberg wird seit Jahrzehnten erfolgreich regiert! Wir als Junge Union bringen uns auf Landesebene in die tägliche Gestaltung von Politik aktiv ein. Jüngstes Beispiel ist die Durchsetzung des Führerscheins ab 17, für den die Junge Union auch hier im Kreis Reutlingen entschieden eingetreten ist sowie das ständige Drängen, im Landeshaushalt keine neuen Schulden mehr zu machen.

Das es in Baden-Württemberg so viele Jugendgemeinderäte gibt, ist der Jungen Union zu verdanken. Wir haben dieses wichtige Gremium durchgesetzt.

Wir stehen in der Landespolitik für die **Reformen im Schulwesen** und halten an dessen Mehrgliedrigkeit fest. Die Aufgliederung in Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien ist ein Garant dafür, dass baden-württembergische Schüler weiterhin im Vergleich deutlich besser abschneiden.

Die Einführung von G8 halten wir für richtig. G8 ist für uns ein dynamischer Prozess. D.h. allen Beteiligten muss daran gelegen sein, diesen Prozess kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Ebenso halten wir die Entscheidung der Landesregierung, **Studiengebühren** von 500 € pro Semester einzuführen für den richtigen Weg. Studiengebühren kommen zur Verbesserung der Lehre an den Universitäten direkt den Studierenden zu Gute.

Das Baden-Württemberg keine neuen Schulden mehr macht, ist ein großartiger Erfolg. Wir fordern, dass ein **Neuverschuldungsverbot** in die Landesverfassung aufgenommen wird damit auch in konjunkturell schwierigeren Zeiten die Landesregierung alles daran setzt, keine neuen Schulden aufzunehmen.

Bundespolitik

Eine Fülle von Themen beschäftigt die Junge Union auf Bundesebene. In zahlreichen Papieren und Beschlüssen bezieht die Junge Union auf allen Ebenen laufend Position zu den unterschiedlichsten Themen:

Familienpolitik

In der Familienpolitik, einem zentralen Politikfeld, steht die Junge Union für die Schaffung **bedarfsgerechter Betreuungsangebote** für Familien. Die Politik muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. D.h. überall dort wo Bedarf besteht müssen wir mit Tageseinrichtungen oder Ganztageschulen dafür sorgen, dass Eltern ihren Wunsch, weiterhin berufstätig sein zu können, erfüllen können. Dies heißt allerdings nicht, dass der Staat für die Erziehung unserer Kinder zuständig ist. Gleichzeitig fordern wir, dass mehr Betriebe innerbetriebliche Möglichkeiten schaffen, damit Väter und Mütter die weitere Berufstätigkeit und die Versorgung ihrer Kinder unter einen Hut bringen können.

Wir sprechen uns ganz klar dafür aus, dass die Erziehung in erster Linie Elternsache ist. Deshalb lehnen wir vom Bedarf unabhängige, flächendeckende Kindertagesstätten ab. Gleichzeitig fordern wir weiterhin, dass die Gesellschaft mehr als bisher anerkennt, wenn sich Eltern bewusst für die vorübergehende Aufgabe eines Arbeitsplatzes und für die Erziehung der Kinder entscheiden.

Das **Betreuungsgeld** ist hierfür ein geeignetes Mittel. Gleichzeitig muss aber jeder für sich seinen Beitrag dazu leisten, dass die Gesellschaft in vielfältiger Weise diese Lebensleistung, die Erziehung der Kinder, anerkennt.

Sozialpolitik

Die unter dem Begriff Agenda 2010 begonnenen Reformen auf dem Arbeitsmarkt halten wir für richtig. Wir fordern die politischen Entscheidungsträger auf, zu dieser Reform zu stehen und sie nicht wieder zurückzunehmen.

Die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum **Arbeitslosengeld II** ist und bleibt richtig! Ebenso begrüßen wir die **Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre**. Die damit verbundene schrittweise Heraufsetzung des Renteneintrittsalters ist aus unserer Sicht allerdings zu langfristig angelegt.

Energiepolitik

Mit dem Thema Energiepolitik beschäftigt sich die Junge Union regelmäßig. **Wir lehnen den geplanten Ausstieg aus der Atomenergie ab!**

Wir begrüßen den Ersatz älterer Kohlekraftwerke durch neue, emissionsärmere Kraftwerke.

Wir wollen einen vernünftigen Energiemix in Deutschland. Grundlage muss der Dreiklang **Versorgungssicherheit – Bezahlbarkeit und Umweltschutz** sein.

Die Förderung regenerativer Energie unterstützen wir, weisen jedoch darauf hin, dass mittelfristig geförderte Energien auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten überprüft werden müssen. Besonders erachten wir eine Effizienzüberprüfung der Windenergie in Baden-Württemberg für notwendig. Aus unserer Sicht ist die Windenergie hier nicht sinnvoll. Die finanziellen Mittel sollten stattdessen in die Förderung anderer Energieformen gesteckt werden.

Wie in allen anderen Feldern setzen wir uns für die **Reduzierung von Subventionen** ein, so auch im Bereich der Energiepolitik.

Innere Sicherheit

Wir alle erleben, wie unsere Sicherheit in Deutschland durch neue Bedrohungen gefährdet wird. Im Bereich der Inneren Sicherheit unterstützen wir den Bundesinnenminister in seinen Bestrebungen. Terroristen und andere Verbrecher nutzen immer neue Technologien und Möglichkeiten, der Staat muss hier mithalten können. Deshalb fordern wir, dass **mehr finanzielle Mittel** für unsere Polizei, den Verfassungsschutz und die Bundeswehr bereitgestellt werden. Auch müssen unsere Sicherheitsbehörden die technologischen Möglichkeiten wie **Online-Durchsuchungen oder Telefonüberwachungen** unter Berücksichtigung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts nutzen können. Der reflexhafte Widerstand gegen diese neuen Möglichkeiten gefährdet die Sicherheit von uns allen und ist unerträglich.

Nachwievor fordert die Junge Union die konsequente Anwendung des **Erwachsenenstrafrechts** bei volljährigen Straftätern.

Schlussbemerkung

Die Positionen der Jungen Union machen deutlich, dass wir aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitarbeiten. Als größte politische Jugendorganisation Europas bringen wir uns aktiv in die Politik ein und wollen unser Land in einem vereinigten Europa weiter voranbringen.

Wir wollen, dass Deutschland weiterhin ein starkes, zukunftsfähiges und sicheres Land bleibt.